

Antrag angenommen

FREIHEITLICHE
WIRTSCHAFT

FW.
OBERÖSTERREICH

Wirtschaftskammer OÖ
z.H. Frau Präsidentin
Mag.^a Doris Hummer
Hessenplatz 3
4020 Linz
Linz, 2019 05 20

Antrag an das Wirtschaftsparlament der WKÖ am 19.06.2019 betreffend faire Besteuerung

Antragsteller: Christa Raggl-Mühlberger

Die Besteuerung von Unternehmen ist derzeit unfair gestaltet. Große Digitalkonzerne wie Google, Facebook und Amazon zahlen so gut wie keine Steuern in Österreich. Der effektive Steuersatz der Digitalwirtschaft liegt nach Angaben der EU-Kommission bei 9,5 Prozent – bei Industrie- oder Dienstleistungsbetrieben sind es im Schnitt 23,2 Prozent.

Die Bemühungen der Regierung in der EU die Einführung einer europaweiten Digitalsteuer auf den Weg zu bringen, sind vorerst nicht von Erfolg gekrönt. Firmen, die – wie Google, Facebook und Amazon - in erster Linie digitale Dienstleistungen erbringen, ohne in einem Land auch wirklich physisch präsent zu sein, werden von den derzeit geltenden internationalen Steuervorschriften nur unzureichend erfasst, da diese für traditionelle Unternehmen konzipiert sind. Das Konzept der digitalen Betriebsstätte würde eine Besteuerung ermöglichen, findet aber in der EU keine Einstimmigkeit. Dänemark, Schweden, Estland und Irland blockierten bei einem EU-Finanzministerrat den Vorschlag.

Auch wenn Österreich nun selbst Maßnahmen ergreift, muss es Ziel bleiben, eine europaweite Lösung für eine faire Besteuerung einzuführen. Die Schieflage bei den Steuerbeiträgen von Digitalunternehmen ist existent, es muss Fairness in der Besteuerung für Unternehmen geben.

Ich stelle daher den

Antrag

Die Wirtschaftskammer möge sich dafür einsetzen, dass europaweit eine Regelung zur fairen Besteuerung digitaler Konzerne umgesetzt wird.